

VERANSTALTUNGSBERICHT

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
IVAN MATANOVIĆ

April 2016

www.kas.de/kroatien

www.kas.de

Economic Policy Debate: „Neue Wirtschafts- und Finanzpolitik Kroatiens“

Im Rahmen des gemeinsam mit der „Zagreber Initiative“ für soziale Marktwirtschaft regelmäßig organisierten EPD-Debattenforums diskutierten am 13. April 2016 der kroatische Wirtschaftsexperte, Hrvoje Stojić und der deutsche Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch (MdB) auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit einer Reihe von Wirtschaftsexperten und Unternehmensvertretern über die aktuelle Wirtschafts- und Finanzpolitik in Kroatien und die erwarteten Reformmaßnahmen der neu gewählten kroatischen Regierung.

Der Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kroatien, **Dr. Michael A. Lange**, eröffnete die Konferenz, auf der mögliche Auswirkungen der Reformpolitik der neuen Wirtschaftspolitik beurteilt werden sollten. Er bedankte sich bei den Referenten und den anwesenden Gästen und sprach Klaus-Peter Willsch (MdB) seinen Dank und seine Anerkennung für die jahrelange konstruktive Beteiligung am wirtschafts-politischen Dialog mit kroatischen Experten. Lange verwies dann darauf, dass das Zagreber Wirtschaftsinstitut die Aussichten für das Wirtschaftswachstum Kroatiens von 1,5 Prozent im Jahr 2016 auf 1,8 Prozent im Jahr 2017 erhöht habe, dass jedoch kroatische und ausländische Unternehmen nur dann in Kroatien investieren und damit neue Arbeitsplätze schaffen würden, wenn entsprechend unternehmerfreundliche Rahmenbedingungen existierten. Zwar gebe es komparative Vorteile, wie etwa die geografische Lage Kroatiens, gut ausgebildete Arbeitskräfte und eine gute Verkehrsinfrastruktur; im öffentlichen Sektor müsse jedoch noch effizienter gearbeitet und das Vertrauen in die Justiz verbessert werden.

Der Vorsitzende der Zagreber Initiative, **Prof. Dr. Mladen Vedriš**, betonte dann, dass nur plausible wirtschaftliche Strategien das Funktionieren des Landes positiv beeinflussen könnten. Deswegen fördere die Zagreber Initiative den wirtschaftspolitischen Dialog im Lande und betone die Bedeutung von Strukturreformen für das langfristige Wirtschaftswachstum.

Der Wirtschaftsexperte der Hypo-Alpe-Adria-Bank in Kroatien, **Hrvoje Stojić**, verglich in seiner Präsentation Kroatien mit einer Schildkröte, die auf dem Rücken liegt und nicht wieder auf die Füße kommt.

Der Staatshaushalt verzeichne nur symbolische Einsparungen und der Staat solle sich nicht auf stabile Einnahmen verlassen. Es bestehe immer noch die Gefahr, dass wegen Deflationsrisiken Investitionen verzögert und der Immobilienmarkt sich verlangsamen würde. Um die kroatische Wirtschaft zu stabilisieren sei es vielmehr notwendig, die öffentliche Verschuldung und den Haushaltsdefizit zu begrenzen, um die Zinsaufwendungen, die momentan noch drei Prozent des BIP betragen, weiter zu senken. Auf diese Weise könnte sich der Druck der Finanzierungskosten reduzieren. Die öffentliche Verschuldung, gemeinsam mit jener der Privaten könnte dann in den nächsten zwei Jahren stabilisiert werden, wobei das Budget für das Jahr 2017 noch mehr Einsparungen auf der Ausgabenseite beinhalten sollte, zumal Kroatien eine strengere Haushaltsumverwaltung der Europäischen Union in Haus stehe.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
IVAN MATANOVIĆ

April 2016

www.kas.de/kroatien

www.kas.de

Klaus-Peter Willsch (MdB) begann seine Ausführungen dann mit dem Hinweis auf die die Anfang 2000 geprägte Einschätzung Deutschlands, als „...the sick man of Europe“. Damals hätten die hohen Lohnkosten und der Mangel an Innovationskraft bei ausufernder Bürokratie wirtschaftliches Wachstum verhindert. Heute würde (nur) Deutschland die europäischen Kriterien für eines stabilen Finanzsystems erfüllen und plant bis zum Jahr 2023 die Maastricht-Kriterien in Bezug auf die Höhe der öffentlichen Verschuldung (60 Prozent des BIP) wieder zu erreichen. Dies sei jedoch nur mit Hilfe von Strukturreformen und einer soliden Finanzpolitik zu erreichen. Eine reine Schuldenumstrukturierung könne nicht automatisch nationale Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen oder gar Wachstum initiieren. Vielmehr gelte es auch in Kroatien Reformen tatsächlich umzusetzen und dabei könne sich Kroatien immer auf Deutschland als Freund und Partnerland verlassen.

In der, vom Dozenten an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zagreb und Vorsitzenden des HDZ-Ausschusses für Finanzen, **Dr. Tomislav Čorić**, moderierten Podiumsdiskussion wies der Wirtschaftsberater des Gouverneurs der Kroatischen Nationalbank (HNB), **Dr. Ante Žigman**, darauf hin, dass die kroatische Nationalbank mit ihrer restriktiven Geldpolitik zur Verhinderung einer Krise der finanziellen Stabilität verhindert habe. Die aktuelle eher expansive Geldpolitik der Nationalbank könne ohne strukturelle Reformen der Regierung keine Probleme der kroatischen Wirtschaft umfassend lösen. Die Fiskalpolitik halte sich seit längerer Zeit zurück, so Dr. Žigman, darin könne man durchaus einen langfristigen Beitrag zu den Strukturreformen der Regierung sehen. Er kündigte die Fortsetzung des Rückkaufs von Wertpapieren (Repo-Operationen), als ein zusätzliches Element der aktuellen Geldpolitik zur Förderung des Wirtschaftswachstums an. Dies könne sogar noch intensiver fortgesetzt werden, wenn die Regierung die notwendigen Strukturreformen initiieren würde.

Prof. Dr. Nikola Mijatović von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zagreb betonte dann, dass sich die Einnahmeseite des kroatischen Haushalts in nächster Zeit nicht groß ändern werde, allein mögliche Einsparungen auf der Ausgabenseite des Haushalts seien denkbar. Ein generelles Problem sei die fehlende Nachhaltigkeit des kroatischen Steuersystems aufgrund der geringeren Zahl der Steuerzahler, die auch eine Konsequenz der großen Abwanderung junger Menschen aus Kroatien sei.

Das Vorstandsmitglied der Franck AG und Wirtschaftsberater der HSLS-Partei, **Josip Budimir**, war der Auffassung, dass die hohen Konsumausgaben das Problem des Landes seien - es werde sowohl vom Staat als auch von Privaten immer mehr ausgegeben, und dies trotz der höchsten Steuerlast in der EU. Das zweite Problem seien die starken Anti-Reformkräfte im Land, während dessen jüngere und gut ausgebildete Menschen in großer Zahl das Land verließen. Es seien dringend Reformen des Rentensystems und des Gesundheitssystems notwendig, um die gesamte Ausgabenbelastung zu reduzieren.

Der geschäftsführende Gesellschafter bei der T&MC Holding GmbH und Wirtschaftsberater der HSS-Partei, **Dr. Damir Novotny**, meinte dann noch, dass eine Wachstumsrate von 1,5 bis 2 Prozent nicht ausreichend sei und das Wachstum in Kroatien vielmehr auf 3 bis Prozent steigen müsse. Als Haupthindernis für mehr Wirtschaftswachstum sehe er den Staatssektor, der zu groß und zu ineffizient sei. Kroatien habe keine Zeit mehr für kleinere Veränderungen, sondern das Land brauche radikale, umfassende Strukturreformen, damit ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum erreicht werden könne.